

29. TAGUNG
Straßburg, 20.-22. Oktober 2015

Elektronische Medien: Grundlegende Veränderung für kommunale und regionale Politiker

Entschliessung 394(2015)¹

1. Ein politisches Bewusstsein, die Mitwirkung und die Einhaltung demokratischer Normen durch die Bürger sind unverzichtbare Elemente einer authentischen Demokratie. Die Nutzung des Internets und die flächendeckende Verbreitung des Internets in der Gesellschaft können sich positiv auf die Demokratisierung und auf demokratische Verhaltensweisen auswirken. Die Informationen, die über elektronische Medien ausgetauscht werden, können auf die Wähler eine mobilisierende Wirkung haben.
2. Der Governance-Ausschuss, der 2014 bei seinem Seminar „Eine Stärkung der Demokratie durch elektronische Medien“, das sich auf offene Daten in der kommunalen Verwaltung, Internetanwendungen für Wähler und die Kombination aus Online- und Offline-Demokratie konzentrierte, eine Bestandsaufnahme der neusten Entwicklungen durchgeführt hat, ist der Überzeugung, dass die Entwicklung neuer elektronischer Tools, einschließlich Webseiten, Blogs, Foren, Diskussionsgruppen und soziale Netzwerke, dazu beitragen kann, Wähler zu mobilisieren und die Partizipation der Bürger zu erhöhen, um die Legitimität der gewählten Amtsträger zu stärken.
3. Die steigende Verfügbarkeit und Nutzung von Breitband, kombiniert mit der umfassenden Verbreitung tragbarer Geräte und Smartphones ermöglichen den Bürgern, jederzeit und an jedem beliebigen Ort nach politisch relevanten Informationen zu suchen und mit Politikern zu interagieren.
4. Es ist wichtig, dass die gewählten Amtsträger diese Möglichkeiten nutzen, um aktuelle politische Debatten über elektronische Medien zu beeinflussen und anzuleiten, was den Vorteil bietet, eine Debatte transparenter und zugänglicher zu machen. Dies verleiht den Teilnehmern ein Gefühl der Kontrolle und führt damit zu mehr Vertrauen und Akzeptanz.
5. Elektronische Medien können bewirken, dass Wähler besser darüber informiert sind, was die kommunalen und regionalen Stellen tatsächlich machen, und sie können gewählten Amtsträgern helfen, sich über die Erwartungen und die Zufriedenheit der Bürger zu informieren. Elektronische Technologien, wie z. B. Umfragetechniken und Stimmungsanalysen zu Online-Inhalten, sind für die Behörden nützlich, um am „Puls der Zeit“ zu bleiben.
6. Die kommunalen und regionalen Stellen müssen die einseitige Kommunikation hinter sich lassen, die den Bürgern lediglich Informationen über das Internet anbietet. Informationen müssen in

¹ Diskussion und Annahme durch den Kongress am 22. Oktober 2015, 3. Sitzung (Siehe Dokument [CG/2015\(29\)14FINAL](#), Begründungstext), Ko-Berichterstatter: Leo AADEL, Estland (L, ILDG) und Josan MEIJERS, Niederlande (R, NR).

interaktiver Weise angeboten werden und eine Reaktion und die Mitwirkung seitens der Bürger zulassen. Elektronische Technologien und insbesondere integrierte digitale Plattformen können eine maßgeschneiderte Bereitstellung von Informationen und eine Kommunikation in zwei Richtungen ermöglichen, damit die Bürger etwas über Politik lernen und die Politiker mehr über die Meinungen und Prioritäten ihrer Bürger erfahren.

7. Gewählte Amtsträger und deren Stellen müssen bei der Schaffung einer Online-Präsenz proaktiv sein. Es reicht nicht mehr, den Wählern nur offline zur Verfügung zu stehen. Die Qualität und der Standard der politischen Debatte im Internet sind die Verantwortung aller gewählten Amtsträger und politischen Parteien. Online-Debatten, die in einem „politischen Vakuum“ stattfinden, werden nur geringen Einfluss haben.

8. Eine wichtige Herausforderung für die elektronische Demokratie ist, eine „gleichberechtigte Anhörung“ aller Gruppen sicherzustellen. Es müssen Schritte ergriffen werden, um ältere Bürger und jene Menschen einzubeziehen, die sich tendenziell weniger in die Politik einbringen, einschließlich junger Menschen. Da das Internet ein Bereich ist, in dem tendenziell jüngere Generationen gut vertreten sind, können elektronische Mitwirkungsinitiativen dazu beitragen, diese Menschen zu mobilisieren, was wiederum die kommunale und regionale Politik beleben kann, die traditionell eine geringere Jugendpartizipation aufweist als die nationale Politik.

9. Die kommunalen und regionalen Stellen müssen sich auf eine umfassendere Online-Tätigkeit einstellen. Wenn sich eine große Anzahl von Menschen über elektronische Medien an einer öffentlichen Debatte beteiligen, muss der Frage Aufmerksamkeit gewidmet werden, wie man alle Positionen und Meinungen berücksichtigen kann. Die Qualität eines beratenden Prozesses hängt teilweise von seiner Fähigkeit ab, Minderheitenmeinungen zu berücksichtigen. Diese Meinungen sind eine wertvolle Quelle für politische Entscheidungsträger, die auch sicherstellen müssen, dass Minderheiteninteressen geachtet werden.

10. Es ist unerlässlich, elektronische Medien als Ergänzung zu traditionellen Formen der Bürgerpartizipation zu betrachten, und nicht als deren Ersatz. Während das Internet grundlegend verändert, wie Menschen denken und mitwirken, erfasst es nicht alle Menschen an allen Orten in gleicher Weise.

11. Die Einbeziehung von Wählern über elektronische Medien ist leichter, wenn sie ein Thema betrifft, das sie verstehen, das ihnen wichtig ist und das sich unmittelbar auf ihr Leben auswirkt. Es ist erwiesenermaßen auch effektiver, wenn ein Projekt der elektronischen Demokratie durch die nationalen, regionalen und kommunalen Medien verbreitet wird. Die Bürger können sich nur einbringen, wenn sie wissen, dass eine Initiative existiert.

12. Der Kongress empfiehlt aus diesem Grund den Gemeinde- und Regionalverbänden:

- a. die kommunalen und regionalen Stellen aufzufordern, die Nutzung von Online-Konsultationen in ihre beratende Tätigkeit aufzunehmen;
- b. den gewählten Amtsträgern Hilfe, Training und Anleitung zu geben, wie sie eine politische Online-Präsenz erstellen;
- c. Anwendungen, Programme und Tools der elektronische Medien stärker gemeinsam zu nutzen und zusammenzulegen;
- d. die innovative Nutzung offener Daten auf kommunaler und regionaler Ebene zu fördern.

13. Der Kongress beschließt:

- a. die politischen Parteien aufzufordern, sich in Online-Debatten einzubringen, um auf diese Weise den Bürgern und den Gruppen der Zivilgesellschaft zu demonstrieren, dass ein Thema eine ernsthafte Diskussion verdient;
- b. seine Bemühungen fortzusetzen, die sicherstellen sollen, dass Menschen, die weniger mit den elektronischen Medien vertraut und digital weniger aktiv sind, nicht vom politischen Prozess ausgeschlossen werden;
- c. einen proaktiven Ansatz im Hinblick auf neue elektronische Medien-Tools zu ergreifen und weiterhin seine politische Online-Präsenz auszubauen.